

Jahresempfang 2017 ödp, Angletsaal

Rede zum Auftakt des Bundestagswahlkampfes

Sehr geehrte, sehr geehrte n Damen und Herren,

Ökologisch demokratische Partei, oder: ödp – was ist das? – Ich gehe jetzt nicht so weit, wie es einem ödp-Mitstreiter ergangen ist, der gefragt wurde: Du bist doch Deutscher! – Ja! – Wieso schließt du dich dann einer österreichischen Partei an!? – („Ö“ – natürlich für Österreich, was sonst!?)

Aber trotzdem: „Ö“ für ökologisch – als Pfarrer weiß ich natürlich, dass es da noch zwei andere Worte gibt, die ähnlich klingen und wo der eine oder die andere Zeitgenossin schon auch mal Unterscheidungsprobleme bekommen hat: Stichwort: „ökonomischer Gottesdienst“ – Sie klingen nicht nur ähnlich, sie gehören auch bedeutungsmäßig zusammen. Kurz zur Unterscheidung des einen vom Anderen: Allen drei gemeinsam ist das eine griechische Wort: „Ökos“, besser: „oikos“ – „Haus“ oder auch mal „Haushalt“. **Ökumene** bedeutet: Die „Hausgemeinschaft“, also alle, die darin wohnen, also diejenigen, um die es hier geht. **Ökonomie** da steckt „Nomos“ drin, d.h. „Gesetz“, „Regel“ – Ökonomie hieße dann „Haushaltsregel“ oder „Haushaltsgesetz“, also das, wonach darin gelebt und gespielt wird und **„Ökologie“** – **„Logos“** heißt Wort, Lehre, aber auch Vernunft – kann sogar Weisheit bedeuten – also die **„Haushaltsvernunft“**: Es ist also vernünftig, zumindest auf lange Sicht so zu haushalten. Und das finde ich ein tolles Motto für eine Partei! – Eine Partei der Vernunft Da möcht' ich gern' dabei sein!

Und das Vernünftige an dieser Vernunft ist, dass sie immer die beiden anderen Größen – **Ökumene**, also alle, die da dazugehören und **Ökonomie**, also das praktische Haushalten, die „Hauswirtschaft“ sozusagen – mit im Blick hat. – So verstehe ich auch unsere Partei und unser Programm: Wenn wir **„ökologisch“** sagen, meinen wir auch die **Ökonomie**, also die Wirtschaft und damit die praktische Durchführbarkeit – und natürlich **die ganze Gemeinschaft**, die da dazugehört; und es versteht sich von selbst, dass wir da alle mit hineinnehmen möchten und keinen auf der Strecke lassen wollen.

Bleibt eigentlich nur noch zu klären, wer da alles zu dem „Haus“ bzw. der „Hausgemeinschaft“ dazugehört. Fangen wir mal mit dem kleinsten Kreis, der kleinsten Hausgemeinschaft an: Das wäre die **Partnerschaft, Ehe und Familie**. Diese bilden die **Basis** jeder Gesellschaft. Und deswegen treten wir, die ödp, besonders für den Schutz dieser Gemeinschaft ein, in der die Zukunft einer

Gesellschaft gebildet wird und das gesellschaftliche Miteinander eingeübt wird. Entsprechend kritisieren wir den Verfall der Werte in unserer Gesellschaft allgemein, insbesondere aber den Wert, den die Familie in unserer Gesellschaft heute hat, wo Kinderreichtum immer mehr zum Armutsrisiko wird, wo im Namen des Fortschritts und v.a. der Wettbewerbsfähigkeit die Familie zum Erhalt des Arbeitsplatzes ständig zurückstehen muss. Das gipfelt dann z.B. darin, dass Frauen „vorerst“ auf Kinder verzichten, ihren Kinderwunsch zurückstellen, damit sie im Arbeitsleben nicht zurückstehen müssen, ihre Karriere nicht gefährden, und lieber ihre Eizellen eingefrieren lassen, um später doch noch Kinder bekommen zu können – eine Vergewaltigung der Natur der Frau, der natürlichen Fortpflanzung! – Das ist krank. Und es ist eine kranke Begründung, die da geliefert wird: Zur Erhaltung der Arbeitsplätze und der Förderung des Wohlstandes! – Das ist doch kein „Wohlstand“, wenn ich mein Leben nicht mehr selber gestalten darf, sondern immer mehr den Zwängen einer sich immer mehr entmenschlichenden Arbeitswelt unterwerfen muss, um nicht abgehängt zu werden. Und ich frag mich dann: Lebe ich nur, um zu arbeiten, oder arbeite ich, um zu leben!? – Und schließlich – wieder v.a. die Frauen, die sich um die Erziehung ihrer Kinder gekümmert haben, die dann zum Dank von dieser Gesellschaft in der **Altersarmutsfalle** landen, weil sie ja nicht die Zeit und Gelegenheit hatten für ihr Alter vorzusorgen. Zynisch dabei ist es geradezu, dass ihre Kinder in eine Rentenkasse einzahlen müssen, von der sie erstens selbst wahrscheinlich nicht mehr sehr viel haben werden, wo aber zweitens gerade diejenigen am meisten Geld bekommen, die sich am meisten um ihre Altersvorsorge gekümmert haben – und womöglich auch deshalb lieber keine Kinder aufgezogen haben. Dass da von der Vernunft her was nicht stimmt, sieht wohl jeder ein. Der sog. „Generationenvertrag“ ist genau das Gegenteil von dem, was der Name verspricht: Ich ziehe die nächste Generation auf und werde dann dafür bestraft, weil ich nicht genügend für mein Alter vorgesorgt habe.

Deshalb setzen wir uns als ödp ein für eine echte Generationengerechtigkeit, eine, die bereits bei den Kindern und dem Kindeswohl einsetzt, Familien entsprechend – auch finanziell – ausstattet, so dass endlich eine echte Chancengleichheit auch für Kinder aus ärmeren Schichten gewährleistet werden kann. – Wir fordern, dass die **Kindererziehungsarbeit** „gleich-wertig“ bewertet wird, wie die Erwerbsarbeit – also auch finanziell abgegolten wird.

Übrigens: Diese Bewertung der Familie und Erziehungsarbeit entspricht auch der Bewertung und Wertigkeit eigentlich der gesamten Palette an sozialen

Berufen: Hier muss das Gleiche gelten – und hier zeigt sich deutlich die Schieflage in der Bewertung all dieser Berufe u.d.h. in der Bewertung der Arbeit für das Materielle und der Arbeit für die Menschen. – Hier muss sich ebenfalls etwas ändern.

Und diese Form von Generationengerechtigkeit wie wir sie fordern, muss in der Folge auch dazu führen, dass Mütter und Väter, die sich für ihre Kinder und damit für die Zukunft der Gesellschaft eingesetzt haben, in ihrem Alter ordentlich versorgt sind durch eine angemessene Rente, die der Erwerbsarbeit entspricht. Das fordert eine gute Ökumene – die Hausgemeinschaft unserer Gesellschaft: **hier keinen zurückzulassen, sondern alle mit hineinzunehmen;** und das ist ökologisch, also vernünftig und nachhaltig und es muss auch in einem der reichsten Länder der Welt ökonomisch gestaltbar sein – und das ist es auch. Alles andere stört den sozialen Frieden!

Eigentlich sind wir damit bereits im weitaus größeren Kreis angekommen: Im Haus Deutschland: Unser Volk, unser Staat, unsere deutsche Gesellschaft. Damit wir uns richtig verstehen und ein falscher Zungenschlag gleich von Anfang an vermieden wird: Ich zähle dazu zunächst alle, die in unseren Grenzen hier bei uns wohnen, also auch Menschen, die aus aller Herren Länder, allen Religionen und Kulturen, mit allen Hautfarben gekommen sind und nun hier sind – und zunächst: gleich, aus welchen Gründen. Aber es muss auch klar sein: Diese Ökumene funktioniert nur dann, wenn auch die Ökonomie, d.h. die Regeln eingehalten werden. Und das bedeutet für jede und jeden, dass er sich auch an diese Regeln hält – und da gibt es nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Dazu gehört, dass sich jeder Bürger und jeder, der sich in dieser Gemeinschaft befindet, auch einbringt, mit dem, was Recht ist und was von ihm zu Recht gefordert wird. D.h. für Hilfesuchende die Ehrlichkeit, dass ich nur das in Anspruch nehme, was mir auch zusteht und eben nicht das Erschleichen von Sozialleistungen durch Vortäuschen falscher Tatsachen. Für Flüchtlinge, Asylsuchende gehört dementsprechend, dass ich mich ordentlich registrieren lasse, als der und das, wer und was ich bin und dass ich die Regeln unseres Zusammenlebens auch akzeptiere, auch, dass ich die Gepflogenheiten des Gastlandes anerkenne, mich einfüge in die Gemeinschaft, mich integriere und mich aktiv dabei einbringe, z.B. auch: deutsch lerne. Das heißt nicht, dass ich dann die eigene Kultur und Religion verleugnen soll – dieses Recht ist jedem und jeder **im Grundgesetz garantiert** und das ist gut so! – Aber ich bin nun einmal hier und Integration ist **Recht und Pflicht**. Dazu gehört schließlich auch, dass nicht jede und jeder einfach alle Unterstützungen bekommt, sondern nur

diejenigen, die ihnen auch zustehen. Einmal ganz abgesehen von der geistigen Haltung, die oft hinter einem Missbrauch steckt, nämlich die Verachtung eines Systems, das man in den Augen solcher Menschen nach allen Regeln der Kunst ausnützen muss, weil diese Gesellschaft ja so dumm ist, dass die sich schröpfen lässt. Das gilt aber nicht nur für Ausländer, da schließe ich entsprechende Inländer genauso mit ein. – Und da bin ich dann auch dafür, dass unsere Spielregeln – das ist auch die **Härte** des Gesetzes – voll angewendet werden und ggf. auch neue Gesetze formuliert werden, die den Missbrauch unterbinden – mit allen Konsequenzen; und das kann auch eine konsequente Abschiebung, mit einschließen. Trotzdem – und auch das muss klar sein – haben wir als Staat dabei die Verpflichtung, uns an die internationalen Spielregeln zu halten, insbesondere diejenigen, die wir ja selbst mit formuliert und unterzeichnet haben, wie die Charta der Menschenrechte, die Menschenwürde aller zu achten und sonstige Abkommen zum Schutz von Menschen; und da steht nun mal auch die Frage nach der Sicherheit in einem Herkunftsland zur Debatte in das ich dann eben nichtabschieben kann. Kurz gesagt: Als Rechtsstaat übernehmen wir Verantwortung für jede und jeden, der zu uns kommt. Auch das muss gesagt sein! Und deshalb ist es besser, vorher zu sehen, wer zu uns kommt. Es ist das Hausrecht eines jeden Hausherrn, zu schauen, wer da ein- und ausgeht, und auch einmal die Türe zu verschließen. Grenzkontrollen sind nichts unchristliches, sie zollen derjenigen Realität Respekt, dass nicht jeder, der kommt, es auch gut mit uns meint. Wir sollen freigebig sein, d.h. freiwillig und gerne geben und dürfen Hilfsbedürftigen nicht die notwendige Hilfe und Schutz verwehren. Und das schließt ein, dass wir endlich einen geregelten Zugang zu uns schaffen müssen für diejenigen, die diesen Schutz brauchen, damit sie sich nicht unnötiger Gefahr aussetzen müssen wie der Überfahrt über's Mittelmeer.

Aber: wir müssen uns auch nicht für dumm verkaufen und ausnehmen lassen wie eine Weihnachtsgans. Dies zu unterscheiden und praktische Handhabungen dafür zu finden, ist Aufgabe der Hausgemeinschaft und muss dazu führen, dass die Ökonomie, die Ökumene und die Ökologie zu einer guten Balance kommen.

Das gilt ebenso für alle anderen Bereiche des Hauses Deutschland: Von der Ökonomie her sind wir verfasst als eine soziale Marktwirtschaft. In dem Wort sozial steckt ja bereits die Ökumene, also die Gesellschaft – unsere Gemeinschaft als Volk. Und das besagt, dass wir keine freie Marktwirtschaft haben, die einfach tun und lassen könnte, was ihr in den Kram passt, sondern dass diese Marktwirtschaft die Gemeinschaft zu berücksichtigen hat. In unserer

BV steht sogar in Art. 151 (1) – ich zitiere: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.“ – Ich finde, das eine wunderschöne Formulierung eines hervorragenden Gesetzes! – Wir dürfen stolz sein auf unsre Bayerische Verfassung! – Die Wirtschaft dient dem Gemeinwohl! – Das ist Gesetz, wir haben ein Anrecht darauf! Und da ist die Antwort auf die Frage vom Anfang meines Vortrags: Ich arbeite, um zu leben – nicht umgekehrt! – Das Leben ist wichtiger! Und das rückt noch ein anderes Gesetz empfindlich zurecht: Nämlich das angebliche Gesetz vom stetigen und unendlichen Wachstum der Wirtschaft: Auch in Art. 151 ist ein Wachstum als Zielvorgabe formuliert, aber das ist nicht ein Wirtschaftswachstum, sondern ein Wachstum an Lebensqualität. Und das ist vernünftig, weil ökologisch. Und das ist das fehlende dritte Wort in der sozialen Marktwirtschaft. Deswegen stehen wir für eine ökologisch soziale Marktwirtschaft – die Dreiklangvariante: Diese Wirtschaft ist sozial – also: **für die Gemeinschaft** – und sie ist vernünftig, weil nachhaltig. Und das hat Folgen. Zuerst: Alle Aufgaben, die sich direkt auf das Gemeinwohl beziehen, müssen so erfüllt werden, dass alle in dieser Gemeinschaft daran teilhaben können – das sind die Aufgaben der allgemeinen Daseinsvorsorge. Dazu gehören als (Lebens-)Grundlagen die Versorgung mit Trinkwasser und dessen Entsorgung, allgemein auch die Entsorgung – Müllbeseitigung und Recycling von Rohstoffen, die Krankenversorgung – das Gesundheitswesen, ebenso die Energieversorgung, der Straßen- und Wegebau, der öffentliche Transport, natürlich auch öffentliche Einrichtungen, wie Schwimmbäder und Bibliotheken und insbesondere auch die Bildung und Kultur. Das **Subsidiaritätsprinzip** – d.h. die jeweils kleinere, niedrigere Institution soll zuerst einmal sich selbst helfen, die Dinge selbst in die Hand nehmen und erst, wenn sie Hilfe braucht, sich an die nächsthöhere Stelle wenden, die dann die Hilfe geben soll. Das begründet auch das Prinzip: **Eigen- bzw. Privatinitiative vor öffentlicher Initiative**. Allerdings gilt ebenso: **Gemeinwohl vor Individualwohl** – das ist vernünftig – ökologisch! Anders gesagt: Kann einer sich und anderen selber helfen, soll er das tun, kann er's nicht, soll es die Gemeinschaft tun – sehr einfach! Für die Aufgaben der allgemeinen Daseinsvorsorge bedeutet das dann aber: Privatinitiative – die Privatwirtschaft ist gut, wenn sie diese Aufgaben zufriedenstellend löst, d.h. so, dass alle daran teilhaben können. Im Zweifelsfall aber ist das dann die Aufgabe der Kommune, des Kreises, der Regierung – des Staates. Und das hat dann Vorrang! – Ganz praktisch bedeutet das für alle genannten Aufgaben: Sobald es

einem Privatunternehmen nur noch um den Profit geht und die ordnungsgemäße Erfüllung dieser Aufgaben darunter zu leiden hat, hat diese Aufgabe nichts mehr in den Händen eines Privatunternehmens zu suchen, sondern muss öffentlich besorgt werden. **Gemeinwohl geht vor Individualwohl!** – Ich erspare mir das jetzt, was das für unsere lokalen und regionalen Probleme zu bedeuten hat – ANregiomed, ÖPNV, Bahnreaktivierung usw. – das kann sich jetzt eigentlich jede und jeder selber denken.

Alles das kostet natürlich Geld – viel Geld. Und dieses Geld muss erst einmal erwirtschaftet werden. Dazu brauchen wir eine starke Wirtschaft. Auch das gehört zum ökologischen Denken dazu – zur Haushaltsvernunft. Und hier geht's um Steuern: Wir brauchen also ein gerechtes Steuersystem, das einerseits unsere Gemeinschaft – den Staat – entsprechend gut ausstattet, dass er seinen Aufgaben auch gerecht werden kann; andererseits müssen wir als Solidargemeinschaft darauf achten, dass diejenigen, die mehr haben, also stärker sind, denen, die weniger haben abgeben. Eigentlich ganz einfach und ein klares Prinzip. Unsere Forderungen sind deshalb: Die Wiedereinführung einer Kapitalertragssteuer, dabei eine bessere Regelung und Überwachung der Finanzwirtschaft, Erhöhung des Spitzensteuersatzes – wenn man so will: Reichensteuer – bei der Einkommenssteuer. Über Vermögenssteuer und eine gerechtere Gestaltung der Erbschaftssteuer darf man ruhig auch nachdenken, ebenso wie über ökologische Kriterien bei der Steuererhebung. – Und ich denke, es wird Zeit, sich auch über die legale Kapitalflucht Gedanken zu machen, ob man der nicht durch eine Änderung der Bilanzierung Herr werden kann, indem in Zukunft dort bilanziert werden muss – und die Steuer auch abgeführt werden muss – wo die Produktionsstätte steht. Ich weiß, da werden sich die Global Players heftig dagegen wehren, aber das zeigt, dass wir die richtige Stelle getroffen haben. Außerdem: Die meisten Klein- und mittelständischen Betriebe können ihr Kapital auch nicht ins Ausland transferieren, müssen hier ihre Steuern zahlen und trotzdem gegen die Großen konkurrieren und damit zurechtkommen. Ich bin mir sicher: Damit können wir unser Gemeinwesen gut ausstatten, den Wohlstand **für alle** mehr und für eine gerechtere Verteilung des Vermögens sorgen.

Ökologisch, d.h. sinnvoll und vernünftig soll die Wirtschaft sein. Und da geht es gleich um mehrere Probleme, die hängen alle mit der Vernünftigkeit wirtschaftlichen Handelns zusammen und zwar langfristig. Langfristig bedeutet nachhaltig. Einfach gesagt: Was bringt es mir, wenn ich jetzt luxuriös frühstücke, dabei aber gleichzeitig meine Zukunft mit verfrühstücke und dann

später nichts mehr habe!?! – Volkswirtschaftlich – und hier spreche ich auch als Großvater – kann nur vernünftig sein, wenn ich so wirtschaftete, dass es auch meinen Enkeln noch möglichst mindestens genauso gut geht wie mir. Deshalb bin ich ja auch angetreten, daran mitzuarbeiten und diese Zukunft mitzugestalten.

À propos Frühstücken: Das erste, was wir alle brauchen, sind unsere Nahrungsgrundlagen. Und da geht es zuerst schlicht und ergreifend um die Fläche, auf der diese Nahrung angebaut werden kann. Die brauchen wir und wenn ich höre, dass wir jeden Tag so und so viel Fläche bebauen und versiegeln, und diese Entwicklung nicht stoppen, dann kann ich mir leicht ausrechnen, wann schließlich alles zugebaut ist. Das Erschreckende dabei ist: Rein statistisch wäre das bereits in ein paar Jahren. Aber auch, wenn das jetzt eher eine Karikatur der näheren Zukunft ist: Aufschrecken muss es uns und wir müssen schnellstens aus dieser Entwicklung aussteigen und da ist eine Lockerung des Gemeindegrenzgebots genau das Gegenteil von dem, was nötig ist.

Das Nächste ist: Was bauen wir auf dieser Fläche an? – Ökologisch vernünftig kann da auch nur sein, was uns keinen gegenwärtigen oder zukünftigen Schaden anrichtet, sondern uns und unsere Kinder und natürlich auch unsere Nahrungsgrundlagen und diese Natur und Welt, in der wir leben, erhält. Was sonst!?! Und da ist es allemal vernünftig, auf unnötige Risiken zu verzichten – da besteht ja auch in unserer Gesellschaft weitestgehende Übereinstimmung: Gentechnik ist das Letzte, was wir brauchen. Das Risiko des Eintrags gentechnisch veränderter Pflanzen ist bereits heute sichtbar und der angebliche Mehrwert bei der Ernährung der Weltbevölkerung hat sich als falsch herausgestellt, weil der kurzfristige Mehrertrag von der langfristigen Unfruchtbarkeit der Felder aufgeessen, ja, ins Gegenteil verkehrt wird. In den USA gibt es durch gentechnisch veränderte Pflanzen und den dadurch notwendigen immer intensiveren Einsatz von Pestiziden ganze Landstriche, deren Böden für die Landwirtschaft völlig unfruchtbar geworden sind. Das brauchen wir nicht und das wollen wir nicht: Weder gentechnisch veränderte Pflanzen noch diesen intensiven Einsatz von Sog. „Pflanzenschutzmitteln“. In diesem Zusammenhang aus aktuellem Grund: Wir sind gegen die weitere Zulassung von Glyphosat und wir kämpfen mit der abl für das eigentlich jahrhundertealte Recht von Bauern auf die eigene Nachzucht von Saaten gegen die Industrialisierung von Saatgut und damit gegen die Abhängigkeit von den großen Saatgutherstellern wie Monsanto & Co. Und natürlich gilt

vergleichbares für die Viehzucht: Wir setzen uns ein gegen die Ver-Industrialisierung der Landwirtschaft mit Intensivhaltung und Massenställen, für das Tierwohl, für echte Zertifikate ohne Mogelpackungen. Ich weiß aber auch, dass hier manche neue Verordnung auch gerade kleineren Betrieben zu schaffen macht, die die notwendigen Investitionen nicht alleine schultern können. Hier muss die Gemeinschaft einspringen und zielgerecht diese Betriebe unterstützen, um des Erhalts und der Zukunft bäuerlicher Strukturen Willen.

Nicht nur der Boden, auch die anderen Ressourcen unserer Ökumene – und hier ist es die zentrale griechische Bedeutung des Worts: **Der Erdkreis** – das gesamte Haus Erde – sind endlich und es ist nicht nur vernünftig, sondern unsere Verpflichtung, diesen Planeten in einem bewohnbaren und lebenswerten Zustand an unsere Kinder und Kindeskinde zu übergeben. Die globale Dimension unseres Handelns kommt hier in den Blick: Es geht um nicht weniger, als um das Weltklima, die sog. „Klimaveränderung“, die an vielen Orten der Welt bereits eine handfeste Klimakatastrophe ist und oft gerade den Ländern den größten Schaden beibringt, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Versteppung und „Verwüstung“ – im wahrsten und im übertragenen Sinn – um die Länder um den Äquator herum ruinieren gerade diese ärmsten Länder (und es ist dann kein Wunder, wenn genau diese Menschen sich in ihrer Verzweiflung zu uns aufmachen, wo es alles das noch gibt, was wir durch unsere Sorglosigkeit mitgeholfen haben zu zerstören). In Wirklichkeit haben wir bereits jetzt gar keine andere Wahl: Wir müssen wegkommen von unserem exzessiven Energieverbrauch; müssen wegkommen von der fossilen und atomaren Energiegewinnung hin zu regenerativen Energieformen, die sich in den Kreislauf des globalen Energiehaushalts unserer Erde einfügen (auch Atomkraftwerke heizen die Atmosphäre auf). Und dabei sind wir in Deutschland doch so gut gestartet wie k(aum)ein anderes Land der Erde. Man hat uns für unsere Energiewende – m.E. das Beste, was Frau Merkel in ihrer Amtszeit vollbracht hat – zuerst belächelt, gelegentlich beschimpft und schließlich auch beneidet – und heute: haben wir uns fast selbst davon wieder abgehängt, andere sind viel innovativer, viel mutiger, als wir und wir haben ohne jede Not – durch den Einfluss von Stromindustrie, Autoindustrie etc. – diese Wende nahezu ausgebremst. Was zu tun wäre, ist klar: Sofortige Aufhebung der schädlichen Verordnungen und Gesetze, die die Energiewende verhindern; starke Investitionen und Unterstützung in Forschung und Entwicklung in den Bereichen regenerative Energiegewinnung und Speicherung sowie Transport der Energie – dabei besonderes Augenmerk auf dezentrale,

d.h. lokale und regionale Energiegewinnung und Verbrauch, Vorrang für Bürgerinitiativen und kommunale Energieerzeugung. Regenerative Energieformen in der Mobilität (e-Mobilität, Brennstoffzelle, Stromvergasung etc.). Rasche Umsetzung der neu gewonnenen Erkenntnisse. Das ist ökologisch und es ist auch ökonomisch sinnvoll. Während wir in sehr vielen Bereichen eine Marktsättigung haben, ist in diesem innovativen Bereich noch ein ordentliches Wachstum möglich: Neue Bereiche können entstehen und sie bringen auch neue Arbeitsplätze. Haben wir den Mut zu diesen Schritten und werden wir hier wieder Vorreiter – das, was wir eigentlich immer sein wollten.

Noch ein paar Worte zur Ökonomie – unserer deutschen Wirtschaft: Wir sind wieder mal Exportweltmeister – und seltsam: Ganz ohne die angeblich für die Wirtschaft so wichtigen Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA. Und die Frage ist: Wo wollen wir denn eigentlich noch hin? – Was ist besser, als der erste Platz!?! – Und deswegen jetzt noch einmal als Frage: Was wollen wir eigentlich mit diesen Freihandelsabkommen? – Alleine von den Prognosen der Befürworter her sind sie eigentlich unsinnig, weil die maximal zu erwartenden Effekte den Einsatz gar nicht lohnen. Das Einzige, was sie ankurbeln könnten, wäre der gegenseitige Export; damit befördern wir aber nur, dass dann noch mehr Waren als bisher um die Welt gekarrt werden, ohne, dass darin ein echter Gewinn wäre. Aber **ökologisch ist es ein Desaster**. Wir wollen den Klimawandel bekämpfen – damit erreichen wir das Gegenteil! Weitere Folgen wären eine verstärkte Ausbeutung von Rohstoffen, allen voran fossile Brennstoffe aus Teersänden und Fracking – jetzt schon eine Umweltkatastrophe. Speziell für Deutschland: Unsere Stärke ist unsere Wirtschaftsstruktur. Einerseits: Wir sind klein- und mittelständisch strukturiert: 99,7 % aller Betriebe in Deutschland sind klein- und mittelständisch. Damit sind wir sehr flexibel; und wir sind innovativ: Viele selbstständige Einheiten, die zudem sehr kreativ sind. Noch eines: Wir haben sehr hohe Standards; und das weiß die Welt um uns herum. Trotz aller Skandale: Die besseren Produkte lohnen sich auf lange Sicht auch ökonomisch; und deswegen werden sie auf lange Sicht auch gekauft. Und diese hohen Standards werden gefährdet durch bestimmte Klauseln in den Verträgen, die dafür sorgen werden, dass die Standards herabgesetzt werden. Ebenso werden unsere Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte angegriffen; mit dem Zwang zur Privatisierung von Aufgaben der allgemeinen Daseinsvorsorge wie sie in TiSA festgeschrieben werden sollen bzw. den Klauseln, dass ein einmal herabgesetzter Standard nie wieder erhöht werden darf, eine einmal privatisierte öffentliche Aufgabe nie wieder kommunalisiert werden darf, wird auch unser Sozialsystem nach und nach ausgehöhlt werden.

Schließlich politisch – und da komme ich zu dem zweiten Begriff unserer Partei: „Demokratisch“ zu sprechen: Diese Freihandelsabkommen werden uns in unseren demokratischen Rechten einschränken. Über die Kapitel zum Investitionsschutz wird ein Recht privater ausländischer Investoren gegenüber einem ganzen Staat begründet. Und dieses Recht wird über das Recht des Volkes auf Selbstbestimmung gesetzt. Bestimmte Entscheidungen dürfen wir nicht mehr treffen und wenn doch, müssen wir dafür Strafe – Schadensersatz zahlen. Das Gleiche gilt für die sogenannte Regulatorische Kooperation, wo neue Gesetzesvorhaben bereits vor der Vorlage als Gesetzentwurf von einem nicht näher bezeichneten Gremium kassiert werden können, weil sie ein Handelshemmnis darstellen könnten. Ich kann mir nicht helfen, aber ich meine: Jeder vernünftige Mensch, der das hört und versteht, müsste so etwas doch als Knebelvertrag ablehnen!

Und da muss ich anfangen, mich zu fragen: Was ist eigentlich los mit den Politikern in der EU-Kommission, dem Europarat, dem Europ. Parlament oder auch den nationalen Parlamenten, die das trotzdem befürworten. Kennen sie diese Klauseln nicht!? – Warum betreiben sie damit ein Stück weit ihre eigene Entmachtung? – Und wenn ich höre, wie viele Lobbyisten nahezu ungehinderten Zugang zum Europaparlament oder hier in Deutschland: zum Bundestag haben. Und wenn ich mitbekomme, mit welcher Arroganz gerade Spitzenpolitiker durchaus berechnete Anfragen von Bürgern abbügeln und diese teilweise auch noch beschimpfen – wenn jedes Mal nach unliebsamen Ausgängen von Volksabstimmungen und Referenden von Spitzenpolitikern davor gewarnt wird, das Volk nach seiner Meinung zu befragen, dann kommen mir dazu schlimme Gedanken und dann fällt mir der Satz vom damaligen Bundespräsidenten Richard v. Weizsäcker vor dem deutschen Bundestag ein: „Die Politiker haben sich den Staat unter den Nagel gerissen.“ Wenn diese Ansage von damals stimmt – und Vieles spricht dafür – dann ist es nicht verwunderlich, wenn viele Bürger das Vertrauen in die Politik verloren haben und sich nach anderen Alternativen umschauchen. Das Erstarken des Rechtspopulismus kommt nicht von ungefähr sondern liegt darin begründet. Ich brauche nicht zu betonen, dass diese sogenannte „Alternative für Deutschland“ gar keine Alternative ist, sondern nur ein Sammelbecken dumpfer Gedanken und rechtsgerichteter Parolen – und eben dieses Unbehagens gegenüber einer Politik, die auf dem besten Weg ist, ihr Volk – den Souverän der Demokratie – zu verlieren – und das ist tragisch. Und dagegen müssen wir aufstehen und für eine Erneuerung kämpfen. Wir, die ödp, fordern seit Langem entsprechende Maßnahmen wie das Verbot von Parteispenden

durch Unternehmen und wir stehen für einen Paradigmenwechsel in der Politik, eine neue Politikkultur, die den Wählerwillen nicht nur für die Wahl braucht, sondern auch während der gesamten Legislaturperiode respektiert und beherzigt. Für mehr direkte Demokratie, d.h. eine stärkere Rückbindung der Politik und der Politiker an das Volk. Das Direktmandat, für das ich kandidiere, ist so ein Instrument, dass der Wahlkreisabgeordnete die Sorgen und Probleme, aber auch das Votum seines Wahlkreises in den Bundestag trägt und dort sichtbar und hörbar macht. Und dafür möchte ich auch eintreten.

Etliche Themen habe ich angerissen, etliche andere, über die ebenfalls zu reden wäre, ausgelassen. Erschöpfend konnte ich kein Thema bearbeiten, das hat die Zeit nicht hergegeben. Zu umfangreich und zu sehr miteinander verwoben sind die Aspekte, als dass man sie alle in diesem Rahmen beleuchten könnte.

Andererseits: Heute Deutschland, Morgen die ganze Welt retten – dafür sind wir, ist die ÖDP natürlich zu klein – noch! – But we're working on it: Wir wollen was verändern und das bedeutet glasklar auch: Wir wollen das verändern – wollen wachsen, größer werden, um etwas zu verändern. Dafür brauchen wir Ihre Stimme! Wir hoffen darauf, wir vertrauen darauf, gemäß dem Spruch Dr. Martin Luthers, der unser Wahlmotto sein wird: „Wenn ich wüsste, dass Morgen die Welt unterginge, würde ich heute noch mein Apfelbäumchen pflanzen.“ – Aufgeben, resignieren, das sollen die Anderen! Wir wollen hoffen und uns zuversichtlich an die Arbeit machen. Denn, wenn viele kleine Leute an vielen kleinen Orten viele kleine Dinge tun, dann wird das das Angesicht der Welt verändern. Und das wollen wir tun: Zum Guten hin! Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!